

Sitzungsvorlage	Wahlperiode / Vorlagen-Nr.:
	2014-2020 SV 0581
	Datum:
	01.09.2016
	Status:
	öffentlich
Beratungsfolge:	Rat der Stadt Übach-Palenberg
Federführende Stelle:	Steuerungsstelle Recht und Beratung

**Klage der Städteregion gegen Atomkraftwerk Tihange
hier: Bericht der Verwaltung**

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg hat in seiner Sitzung vom 25.02.2016 ausdrücklich das Vorhaben der Städteregion Aachen begrüßt, gegen das Atomkraftwerk Tihange gerichtlich vorzugehen. Im Weiteren wurde die Verwaltung damit beauftragt, zu prüfen, ob und in welchem Rahmen die Stadt Übach-Palenberg die gerichtlichen Verfahren unterstützen bzw. diesen ggf. beitreten kann. Zudem wünschte der Rat, über die weiteren Entwicklungen unterrichtet zu werden.

Eine unmittelbare gerichtliche Beteiligung der Stadt Übach-Palenberg dürfte aus rechtlichen Gesichtspunkten nicht sinnvoll sein.

Die deutschen und belgischen Rechtsanwälte der Städteregion Aachen haben dargelegt, dass das Klageverfahren, welches sich gegen den Betrieb des Atomkraftwerks generell richtet, im Wesentlichen aus einer Interessenabwägung bestehen werde. Hierbei seien die materiellen Interessen der Betreiber durch entsprechende Zahlen konkret belegbar. Dagegen werde das Risiko für die deutsche Öffentlichkeit von vielen verschiedenen und nur schwer vorhersehbaren Faktoren bestimmt. Deshalb haben die Rechtsanwälte der Städteregion Aachen empfohlen, dass als weitere Kläger nur noch jeweils eine Kommune aus den Ländern Niederlande und Luxemburg beitreten sollten und zwar diejenige, die aufgrund der geographischen Lage am stärksten von einem atomaren Unfall betroffen wäre.

Hinsichtlich einer Kostenbeteiligung kann folgendes mitgeteilt werden.

Auf Kreisebene hat diesbezüglich ein Gespräch zwischen Herrn Landrat Pusch sowie den Bürgermeisterinnen stattgefunden. Hierbei haben die Bürgermeister sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt, dass der Kreis Heinsberg – auch im Namen der kreisangehörigen Kommunen – die Städteregion mit 3.000,-- € unterstützt. Inzwischen wurde ein entsprechender Beschluss durch den Kreistag gefasst.

Dezernent/Leiter der federführenden Stelle	Dezernent/Leiter der mitwirkenden Stelle	Kenntnisnahme des Kämmerers	Mitzeichnung sonstiger Stellen	Bürgermeister

Zum derzeitigen Verfahrensstand ist auszuführen, dass sich die Städteregion Aachen noch in der Vorbereitung des Klageverfahrens gegen den Betrieb des Atomkraftwerks befindet. Es sind weitere rechtliche sowie technische Informationen einzuholen.

Auch ist am 14.06.2016 auch ein Informations- und Unterstützungersuchen an das Europäische Parlament Herrn EU-Parlamentspräsident Schulz persönlich ausgehändigt worden. Gleichsam wurde ein Auskunftersuchen am 25.07.2016 Herrn EU-Kommissar Canete persönlich überreicht.

Die Verwaltung wird weiter über den Verfahrensverlauf unterrichten.